

Christof Hartmann

Demokratisierung und das internationale System

Anmerkungen zu einigen Querverbindungen zwischen
IB-Forschung und Komparatistik

Demokratisierungsprozesse lassen sich seit dem Ende des Ost-West-Konflikts noch weniger als zuvor als rein interne Prozesse des Systemwandels erklären. Das Zusammenspiel externer und interner Variablen bedeutet für Komparatisten und Regionalspezialisten eine theoretische Herausforderung, der sie bisher zu meist ausgewichen sind. Ausgehend von zwei unterschiedlichen Demokratisierungs begriffen – als Regimewechsel und als gesellschaftlicher Prozeß – versucht der Beitrag, den bisherigen Stand der Forschung zu systematisieren und den potentiellen Nutzen verschiedener Ansätze aus der IB-Forschung für eine Zusam mensicht interner und externer Bestimmungsfaktoren von Demokratisierungspro zessen zu erkunden. Dabei wird deutlich, daß so unterschiedliche Ansätze wie die Regimetheorie, Zwei-Ebenen-Analyse und der Transnationalismus neue und plausible Einsichten in die Dynamik von internationalisierten Demokratisierungspro zessen liefern könnten.

1. Einleitung: Are all politics domestic?¹

Das Verhältnis von nationaler und internationaler Ebene hat die Politische Wissenschaft und ihre Subdisziplinen Internationale Beziehungen und Komparatistik seit jeher beschäftigt. Das Problem der Verknüpfung ist jedoch von beiden, dem jeweiligen Erkenntnisinteresse folgend, auf entgegengesetzte Weise konzeptualisiert worden. In den Internationalen Beziehungen (IB) wurde die Frage nach internen Einflüssen auf die Formulierung von Außen- und internationaler Politik mit unterschiedlichen Ansätzen und von verschiedenen metatheoretischen Positionen aus immer wieder gestellt. Eine kürzlich erschienene Sammelrezension neuerer IB-Literatur aus komparatistischer Perspektive konnte die sehr unterschiedlichen Arbeiten in der sicherlich nicht rhetorisch gemeinten Frage zusammenfassen: »Are all politics domestic?« (Jacobsen 1996). Kaum vorstellbar ist dagegen ein neuerer komparatistischer Literaturbericht, der die Frage »Are all politics international?«

1 Ich danke Christoph Weller und zwei anonymen Gutachterinnen bzw. Gutachtern für zahlreiche wichtige Anregungen, Hans Peter Schmitz, Bernhard Thibaut sowie Michael Windfuhr für hilfreiche Kritik an einer früheren Version des vorliegenden Beitrags.

aufwirft,² ein Indiz dafür, daß *area*-Forschung und Komparatistik seltener, am ehesten noch in der Policy-Analyse, nach dem Einfluß des internationalen Systems auf nationale Politik gefragt haben. Dieser Befund gilt auch für die Untersuchung von Demokratisierungsprozessen, eines der meistdiskutierten Themen komparatistischer Forschung in den letzten Jahren.

Freilich erleichterten die in der Demokratisierungsforschung dominierenden theoretischen Ansätze (vgl. Merkel 1994) keineswegs eine analytische Einbeziehung des internationalen Systems. Die modernisierungstheoretisch inspirierten quantitativen Untersuchungen (Vanhanten 1990) hatten die Durchsetzung der Demokratie seit der klassischen Studie von Lipset (1959) an das Vorhandensein notwendiger *interner* wirtschaftlicher, sozialer oder kultureller »Requisiten« gebunden, mußten aber nun erkennen, daß sich auch Staaten, in denen diese Bedingungen definitiv nicht vorlagen, erfolgreich demokratisierten. Während etwa Asiens Demokratisierungsprozesse noch als Resultat gestiegener Bildungsniveaus, intensivierter Kommunikation und weltwirtschaftlicher Verflechtung zu erklären waren (Diamond 1993), resultierte politischer Wandel in Afrika gerade aus dem Scheitern der Modernisierung (Tetzlaff 1994).

Die akteurstheoretischen Ansätze hatten Demokratisierungsprozesse, vor allem in Lateinamerika und Südeuropa, nicht mehr an das Vorhandensein objektiver Bedingungen geknüpft, sondern aus dem kontingenenten Zusammenspiel interner Akteursgruppen abgeleitet. Demokratisierung war das Ergebnis eines Ringens zwischen herrschenden und oppositionellen Eliten, deren Aufspaltungen und Koalitionen den Verlauf des Prozesses bestimmten (Nohlen 1988). Eine eher deskriptiv arbeitende Gruppe um O'Donnell, Schmitter und Whitehead (1986) bemühte sich um eine Typologie unterschiedlicher Transitionsmodi. Externe Faktoren oder Akteure nahmen dabei weder auf den Modus noch den Ausgang der Transitionsprozesse Einfluß. »Nevertheless, it seems to us fruitless to search for some international factor or context which can reliably compel authoritarian rulers to experiment with liberalisation, much less which can predictably cause their régimes to collapse« (O'Donnell/Schmitter 1986: 17). Folgerichtig wird externen Faktoren entweder eine lediglich verstärkende Wirkung oder eine auslösende Funktion für die Transitionsprozesse zugebilligt.³ Die formal-theoretische Studie von Przeworski (1991) betonte dagegen die Rolle strategischer Wahlentscheidungen von Schlüsselakteuren, die immer auch abhängig seien von der Wahrnehmung der strategischen Absichten anderer Akteure. Externe Faktoren fielen dabei nur ins Gewicht, insofern sie die Wahrnehmung der Kosten und Nutzen von Repression und die Verfügungsgewalt interner Akteure über Ressourcen und Legitimität beeinflußten.

2 Im Gegenteil, die Sammelrezension von Remmer (1995) in der gleichen Zeitschrift bemängelte die Vernachlässigung internationaler Variablen in der neueren komparatistischen Forschung.

3 Von Katalysator sprechen z.B. Schubert et al. (1994b: 103). Vgl. auch Huntington (1991: 86, meine Hervorh.): »Foreign actors can perhaps best be thought of as *hastening* or *retarding* the effects of economic and social development on democratization.«

Vor dem Hintergrund der revolutionären Veränderungen in Mittel- und Osteuropa prägte Huntington (1991) den Begriff der »dritten Welle der Demokratisierung« und unterstellte damit einen internationalen Zusammenhang der einzelnen Systemwechselprozesse. Diese Metapher benannte freilich nur das Offenkundige: daß erfolgreicher Systemwandel in einzelnen Ländern den Kampf um die Einführung demokratischer Regierungsformen in zahlreichen (und sehr unterschiedlichen) Staaten auf verschiedenen Kontinenten angestoßen oder intensiviert hatte. Auch bei Huntington blieb jedoch offen, wie die von ihm identifizierten internationalen Ursachen (u.a. Demonstrationseffekte, veränderte Politik externer Akteure, Medien) der weltweiten Demokratisierungsprozesse tatsächlich als erklärende Variablen in ein Modell der Reformprozesse eingebaut werden können. Seine Typologie von Demokratisierungsprozessen fußt ganz auf der bekannten Gegenüberstellung interner Akteurskonstellationen (Huntington 1991: 109-163).

Huntington ist nur ein Beispiel für den wenig überzeugenden Tribut, den die komparatistische Demokratisierungsforschung »externen Faktoren« zubilligt. Pridham (1991: 1) sprach daher von der »forgotten dimension in the study of democratic transition«. Obwohl zahlreiche Fallstudien immer wieder internationale Akteure oder Ereignisse herausstellten, ohne die die Dynamik einzelner Transitionsprozesse nicht zu erklären war, blieben auch in der deutschsprachigen Transitionsforschung (vgl. Merkel 1994; Schubert et al. 1994a; Merkel et al. 1996) theoretisch angeleitete Studien zur Rolle des internationalen Systems in der dritten Demokratisierungswelle aus. Unter dem Eindruck der Systemwechselprozesse in Osteuropa korrigierten Schmitter (1993) und Whitehead (1996b) zwar ihre Schlußfolgerungen des gemeinsamen Projekts von 1986 und betonten nun die Bedeutung externer Kontexte. Für Schmitter (1993: 6) stand dabei freilich fest, daß »existing International Relations theory [...] does not provide much help«. Diese Untersuchungen beschränkten sich daher in der Regel auf eine Systematisierung und Typologisierung der »internationalen Dimension« (Whitehead 1996b) oder des »internationalen Kontextes« (Schmitter 1993).⁴

Die IB-Forschung konnte insofern nicht von großer Hilfe sein, als wichtige Theoriestränge Fragen der inneren staatlichen Ordnung als Untersuchungsbereich ausschlossen. Und wo sie zum Gegenstand wurde, wie z.B. in der auf Kant zurückgehenden Forschungstradition des »demokratischen Friedens« (Russett 1993), blieb die innere demokratische oder autoritäre Ordnung stets eine unabhängige Variable. Systemwechsel-Prozesse vermochte diese Literatur in der Regel nur als Veränderung im Datensample einzufangen.⁵ Gourevitchs grundlegender Artikel aus dem Jahre 1978 verkehrte die Vorzeichen und befragte die komparatistische und IB-Literatur nach ihren Erkenntnissen, sofern man das internationale System als unabhängige Variable formulieren und seinen Einfluß auf fünf interne abhängige Variablen untersuchen würde: spezifische Ereignisse, Entscheidungen, *policies*, Regimetypen und *coalition patterns*. Neben Gourevitch (1986) selbst haben seitdem Autoren wie Kahler (1984) oder Katzenstein (1985) die Frage nach dem Einfluß des internationa-

4 Dies gilt z.B. auch für die Studie des IB-Forschers Hurrell (1996) zu Brasilien.

5 Eine Ausnahme ist die Untersuchung von Mansfield/Snyder (1995), die sich mit der Friedens- und Konfliktfähigkeit von demokratisierenden Staaten beschäftigt.

len Systems auf die Ausprägung von *coalition patterns* und Binneninstitutionen aufgegriffen. Die Einwirkung des internationalen Systems auf den Regimetypus wurde dagegen praktisch nicht thematisiert.

Dieser Beitrag verfolgt zwei Ziele. In einem ersten Schritt sollen die oft kontrastierenden Annahmen der Demokratisierungsliteratur über den Zusammenhang von internationalem und nationalem System systematisiert und auf mögliche theoretische Prämissen hin befragt werden. Die Zuordnung zu IB-Ansätzen erhebt keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit, wird sicherlich Widerspruch auslösen⁶ und soll nicht nahelegen, daß die Forschung in ihren jeweiligen Bereichen diesen Zusammenhang tatsächlich gesehen hat oder sehen sollte; sie erfüllt lediglich den heuristischen Zweck, Querverbindungen aufzuzeigen, die weder die IB-Forschung noch die Demokratisierungsforschung bisher berücksichtigt hat. Abschließend soll gefragt werden, welche dieser Querverbindungen mehr als bisher nutzbar gemacht werden könnten, um unser Verständnis von Demokratisierung als nationalem *und* internationalem Prozeß zu erweitern.

Die vier typischsten Argumentationsmuster der Demokratisierungsforschung⁷ hinsichtlich der »internationalen Kontexte« wurden in einer Matrix (vgl. Abb. 1) abgebildet, in der zum einen nach der Konzeptualisierung der »internationalen Dimension« und zum anderen nach dem Ausgangsverständnis von Demokratisierung differenziert wird. Die Aufteilung zwischen internationalem System und externen Akteuren folgt der gängigen Typologisierung, verweist aber auch auf die generelle Unterscheidung von systemischen und akteurszentrierten Theorien.

Demokratisierung wird als abhängige Variable betrachtet und einmal als Veränderung des politischen Regimetypus, einmal als Prozeß des gesellschaftlichen Wandels definiert. Diese Differenzierung ist nicht immer trennscharf, insofern einerseits ein Regimewandel nicht ohne gesellschaftliche Impulse erfolgt und andererseits soziale Prozesse, die nicht zum Regimewechsel führen, auf ein Scheitern von Demokratisierung hindeuten. Die Unterscheidung verweist aber auf den – gerade in der Dritten Welt – andauernden Streit zwischen konkurrierenden Demokratiebegriffen. Einerseits wird Demokratisierung (wie z.B. bei Przeworski 1991) in Anlehnung an die Schumpeterische Minimaldefinition als Etablierung eines demokratischen politischen Regimes gesehen. Aus einer politisch-institutionellen Perspektive werden dabei prozedurale, »formale« Kriterien (Wahlen, Mehrparteiensystem, Rechtsstaat) überprüft. Dabei interessiert zunächst weder die demokratische Gesinnung der Eliten noch die tatsächliche Partizipation der breiten Bevölkerung, die eher als Bedingungen für die dauerhafte

6 Der Verfasser möchte damit keine Generalabsolution für mögliche Unzulänglichkeiten erbitten, sondern lediglich darauf hinweisen, daß es ihm nicht um die möglichst exakte Rekonstruktion einzelner IB-Ansätze ging, sondern um eine einigermaßen kohärente und stimmige Einordnung in ein aus der komparatistischen Forschung abgeleitetes gedankliches Schema.

7 Es handelt sich dabei nicht um klar definierte Theorieansätze, sondern von mir gewählte Sammelbegriffe, unter denen in pragmatischer Weise theoretische Konzepte, Typologien und in Einzelstudien verwandte Begriffe gruppiert werden. Einzelne Autoren (Hurrell, Schmitter) diskutieren oder vertreten daher auch mehrere der hier unterschiedenen Ansätze.

Abbildung 1: Konzeptualisierung des internationalen Kontextes in der Demokratisierungsforschung

| Konzeptualisierung der internationalen Dimension | <i>Internationales System</i> | <i>Externe Akteure</i> |
|---|---|--|
| Demokratieverständnis | | |
| Demokratisierung als <i>Regimewandel</i> | Requisitenansätze (Kap. 2.1.) | Politische Konditionalität (Kap. 2.3.) |
| Demokratisierung als <i>gesellschaftlicher Prozeß</i> | <i>Low Intensity Democracy</i> (Kap. 2.2.) | Internationale Zivilgesellschaft (Kap. 2.4.) |

Konsolidierung der demokratischen Institutionen aufgefaßt werden. Dem steht ein substantieller Demokratiebegriff gegenüber, für den eine Institutionalisierung demokratischer Regeln ohne tatsächliche Partizipation der Bevölkerung, wirklichen Wettbewerb, effektiven Schutz von Menschenrechten und den Abbau sozialer und wirtschaftlicher Ungerechtigkeiten ohne Bedeutung bleibt (vgl. etwa Gills/Rocamora 1992).⁸

Ob man Demokratisierungsprozesse eher aus einer politisch-institutionellen oder politisch-ökonomischen Perspektive betrachtet, führt, wie noch zu erläutern sein wird, zu unterschiedlichen Auffassungen über die Rolle des internationalen Systems bzw. externer Akteure in diesen Prozessen. Im folgenden werden zunächst jene beiden Argumentationssträngen betrachtet, die Verlauf und Ergebnis der Demokratisierung auf internationale systemische Variablen zurückführen.⁹

2. Konzeptualisierungen der »internationalen Dimension«

2.1. Demokratische Regierungsform als Requisite der internationalen Staatengemeinschaft?

Die »dritte Welle« der Demokratisierung (Huntington 1991) war begleitet vom Siegeszug eines liberalen Demokratiemodells, das sich auch dort durchsetzen konnte, wo weder entsprechende Traditionen noch die sozialen Kräfte vorhanden waren, die die Institutionalisierung demokratischer Spielregeln zu einem mehrheitsfähigen Projekt machen konnten. Das Interesse der Demokratisierungsforschung mußte daher

8 Beiden Perspektiven gemeinsam ist, daß Demokratisierung als *Prozeß* betrachtet wird. Quantitative Analysen (Starr 1991; Ray 1995) versuchen hingegen, die Realisierung demokratischer Fortschritte durch Indikatoren zu messen. Mit ihren oft problematischen Operationalisierungen spiegeln sie jedoch nur Momentaufnahmen von komplexen historischen Entwicklungen wider und belegen eher die unterschiedliche weltweite Verwirklichung demokratischer Elemente als Erklärungen für die Verbreitung dieser Elemente.

9 Keiner der im folgenden genannten Autoren führt Systemwechsel *allein* auf internationale Variablen zurück.

zwangsläufig jenen Faktoren gelten, die auch in diesen Staaten zur Verabschiedung demokratischer Verfassungen und zur Akzeptanz des friedlichen Machtwechsels geführt hatten.

So wurde seit Beginn der neunziger Jahre eine Erschöpfung möglicher (Regierungs-)Systemalternativen konstatiert und die demokratische Staatsform als »Requisite« für die Teilhabe und Mitwirkung in der internationalen Staatengemeinschaft angesehen (Diamond 1993; Beyme 1994; Tetzlaff 1994). Young (1994: 245) zufolge wurde demokratisches Regieren zu einer »requisite for respectability in the international system of states«. Hermet (1993: 147) sprach genau wie Linz/Stepan (1996: 74) von einem demokratischen »Zeitgeist«, der nunmehr zur einzigen legitimen Weltanschauung geworden sei. Bei den meisten dieser Autoren blieb unklar, worin der genaue Inhalt der systemischen Anpassungswänge bestand, und insofern verwundert nicht, daß sich die Idee eines systemischen Demokratisierungsdrucks auf offensichtlich sehr unterschiedliche Vorstellungen vom Funktionieren dieses Systems stützen konnte. Denn während das Zitat von Young (1994) eine implizit neorealistische Perspektive auf das internationale System verrät, scheinen Autoren wie Hermet (1993) die unabhängige Rolle von internationalen Normen zu betonen.

Die verschiedenen neorealistischen Schulen hatten sich freilich im wesentlichen nur für den Einfluß des internationalen Systems auf das Außenverhalten der Staaten interessiert, und nicht für deren innere Ordnung.¹⁰ Die britische Schule hatte seit Bull (1977) das internationale System als eine durch gemeinsame Regeln und Institutionen gestützte Staatengesellschaft verstanden. Zu den konstitutiven Normen dieser *international society* gehörten Standards für ein legitimes Staatswesen. Einige Vertreter der britischen Schule wie Armstrong (1993: 304) zählten freilich auch interne legitime politische und ökonomische Strukturen zu den Mitgliedsbedingungen der Staatengesellschaft. Armstrong räumt selbst ein, daß dabei weniger die internationale Gesellschaft als Sozialisationsinstanz auftritt, sondern der Druck auf Erfüllung der Legitimitätsanforderungen vom Machtpotential hegemonialer Staaten ausgeht:

»With the collapse of communism in Europe, the United States continued to act as >socializer< by encouraging the former communist states to assume the characteristics that, in Washington's view, defined the fully legitimate state: free political institutions, guarantees of human rights, and an open market economy« (Armstrong 1993: 157).

In Anlehnung an die hegemonietheoretische Variante des Neorealismus wären Hegemonie nicht nur für die Aufrechterhaltung internationaler Ordnung verantwortlich, sondern würden ihre materiellen Ressourcen auch einsetzen, um andere Staaten auf ihre interne Ordnung zu verpflichten. Huntington hatte bereits 1984 argumentiert, die Ausbreitung der Demokratie sei historisch direkt mit dem Aufstieg und Fall demokratischer Hegemonialmächte verbunden gewesen (Huntington 1984). Attraktiv an einer solchen Interpretation mußte – vor allem für amerikanische Forscher – sein, daß sie die Durchsetzung der Demokratie letztlich als Funktion der po-

10 Vgl. für die folgende Übersicht auch die Gegenüberstellung von fünf Denkschulen bei Schimmelfennig (1994: 342-345).

litischen und wirtschaftlichen Macht der demokratischen Supermacht USA verstand und eine griffige Erklärung anbieten konnte, warum sich unter den autoritären Staaten nur die militärisch oder wirtschaftlich mächtigsten (arabische Welt, China, in Afrika nur Sudan) dem Anpassungsdruck nicht beugen mußten.

Unter Durchsetzung der Demokratie wurde in diesem Zusammenhang selbstverständlich die formale Übernahme eines demokratischen Ordnungsmodells verstanden. Die demokratische Regierungsform wird in dieser Perspektive zu einem Attribut, das Staaten (sprich: Regierungen), wenn sie nur wollen, übernehmen können. Falls sie es übernehmen, dann primär, weil sie dem Machtpotential der Hegemone, die die Toleranzbreite der internationalen legitimen Staatsform festlegen, nichts entgegenzusetzen haben. Geglückte oder gescheiterte Reformprozesse, durch die Staaten demokratisch werden oder nicht, verbleiben in einer *black box*, der Demokratisierungsdruck ein Teil der internationalen Umwelt. Solchen Argumentationen ließe sich entgegenhalten, daß sich Staaten mit ganz unterschiedlicher Machtausstattung und geographischer Lage finden, deren autoritäre Regierungen sich erfolgreich gegen den systemischen Trend wehren. Regional variierende Demokratietypen, autoritäre Rückschläge und blockierte Transitionen verweisen in diesem Sinne auf unterschiedliche Formen der Anpassung und des Widerstandes gegen den Druck demokratischer Hegemone oder die Erfüllung neuer internationaler Spielregeln, die ohne Rekurs auf interne Variablen nicht zu erklären sind. »However compelling external pressures may be, they are unlikely to be fully determining, save for the case of outright occupation. Some leeway of response to pressure is always possible, at least conceptually. The choice of response therefore requires explanation« (Gourevitch 1978: 911).

Demokratische Normen könnten freilich auch unabhängig von ihrer Übereinstimmung mit den Interessen hegemonialer Staaten wirken. In der völkerrechtlichen Literatur ist besonders auf die expliziten Requisitenklauseln hingewiesen worden, die die Mitgliedschaft in europäischen (OSZE) und amerikanischen Regionalorganisationen (OAS) regeln. Eine »Global Guarantee Clause« (Halperin/Lomasney 1993) hat sich freilich nicht durchsetzen können. Einzelne Völkerrechtler sahen ein international geschütztes Recht auf demokratische Herrschaft im Entstehen (Franck 1992; Salmon 1993); dies würde jedoch Staaten nicht ihrer internationalen Umwelt, sondern ihrer eigenen Bevölkerung gegenüber verpflichten. Von einem weltweiten Regime, das auch autoritäre oder sich demokratisierende Staaten einschließt, wird im Fall der Menschenrechte gesprochen (Müller 1993). An ein solches internationales Regime seien viele Regierungen unabhängig von der politischen Regierungsform zumindestens formell gebunden. Trotz der weltweiten Propagierung eines liberalen Demokratiemodells seit Beginn der neunziger Jahre und der genannten völkerrechtlichen Innovationen läßt sich jedoch nicht analog von einem weltweiten Demokratisierungsregime sprechen. Denn autoritäre Regime sehen sich in ihrer Existenz durch eine Unterschrift unter den Pakt für bürgerliche und politische Rechte oder den Besuch einer Delegation von *amnesty international* nicht gefährdet, auch wenn ihre Herrschaft dadurch langfristig untergraben wird. Den sozialisierenden Wirkungen eines internationalen Regimes, das auf einen grundlegenden

Wandel des eigenen politischen Systems, seiner Institutionen und Entscheidungsregeln abzielt, würde sich jedoch jeder autoritäre Staat mit allen Mitteln entziehen.¹¹

Auch konstruktivistische Varianten des Institutionalismus würden kaum so weit gehen, Systemwandel als mögliches Resultat zwischenstaatlicher Kooperation hinzustellen. Die Erkenntnisse der regimetheoretischen Ansätze ließen sich hingegen für die Analyse der Konsolidierung bereits eingetretener Demokratisierungsprozesse nutzbar machen. In der Gründung eines regionalen Regimes demokratischer Staaten liegt ja auch die tatsächliche Bedeutung der völkerrechtlichen Requisitenklauseln. Sie erzwingen nicht Kubas Demokratisierung, bewahren aber Paraguay unter Umständen vor einem Rückfall in die autoritäre Herrschaft. Unter Rückgriff auf die bei Müller (1993) und Risse-Kappen (1995) genannten Rückwirkungen eines internationalen Regimes auf seine Mitgliedstaaten ließe sich analog fragen, ob sich die Parameter der internen Diskussion über mögliche Demokratisierungswege oder -modelle verschoben, die Kosten eines regimeabweichenden, offen nicht-demokratischen Weges massiv erhöht und interne Koalitionen die Macht behauptet haben, die *compliance* mit den Regimeprinzipien befürworten.

2.2. Demokratisierung in peripheren Gesellschaften

Den bisher genannten Ansätzen ist gemeinsam, daß sie den internationalen Einfluß auf *Staaten* analysieren. Die Möglichkeit, daß das internationale System unvermittelt auf gesellschaftliche Gruppen einwirkt und deren Beziehungen zueinander und zum Staat verändert, wird dabei zwar implizit anerkannt, gehört aber nicht zum Untersuchungsbereich. Diese Problemstellung steht jedoch traditionell im Mittelpunkt der Entwicklungsländer-Forschung. Dabei geht es weniger um Demokratisierung als Durchsetzung eines Sets von Institutionen, sondern als Resultat sozialer Konflikte zwischen rivalisierenden gesellschaftlichen Gruppen und politischen Projekten.

Die dependenztheoretischen Ansätze betonten den Einfluß des internationalen kapitalistischen Systems auf die politische Entwicklung peripherer Gesellschaften. Dabei wurde die Trennung von nationalem und internationalem System völlig aufgegeben zugunsten einer Analyse herrschender transnationaler Gruppen und Klassen, die ein den Bedürfnissen des internationalen Kapitalismus angepaßtes soziales und ökonomisches System sicherstellten. O'Donnell (1973) leitete aus dieser gesellschaftlichen Konstellation auch die Entstehung einer typisch peripheren, politischen Regimeform für Lateinamerika ab, des bürokratisch-autoritären Staates. In anderen Kontinenten wurde ein ähnlich klarer Zusammenhang zwischen peripherem Status im internationalen System und dem Ausbleiben von Demokratie nicht gezogen. Insgesamt ging es der dependenztheoretisch inspirierten Dritt Weltforschung zunächst um die Option autonomer *Entwicklungswege*, nicht aber um die Ausgestaltung des poli-

11 Uvin/Biagiotti (1996) haben den – wenig überzeugenden – Versuch unternommen, die Kooperation der Geberstaaten im Politikfeld der *good governance* (zu der auch Demokratisierungspolitik gehört) mit den Begriffen der Regimetheorie zu analysieren.

tischen Systems.¹² Im Kontext der Demokratisierungsprozesse der dritten Welle wurden diese Ansätze so umformuliert, daß der Einfluß der herrschenden Klassen nicht mehr zur Installierung von autoritären Systemen, sondern von Fassadendemokratien führte, dem Volk wirkliche Demokratie aber unverändert vorenthalten blieb. Demokratisierung führt unter den herrschenden Bedingungen notwendigerweise zu einer »low intensity democracy« (Gills/Rocamora 1992). Gerade in Afrika und Lateinamerika blieben solche Argumente über den Zusammenhang zwischen der Einbindung in das internationale kapitalistische System und der Ausprägung hybrider, formal-demokratischer Regierungsformen populär, zumal sich das Nachdenken über interne Gründe für das Scheitern alternativer politischer Modelle erübrigte.¹³

In der IB-Literatur haben gramscianische Ansätze (Cox 1987) ein ähnliches Bild des internationalen Systems entworfen, in dem sich die dominierenden wirtschaftlichen Kräfte verschiedener zwischenstaatlicher und zwischengesellschaftlicher Einflußwege bedienen, um ihre Interessen durchzusetzen. Aus einer gramscianischen Perspektive funktioniert auch die Zusammenarbeit zwischen IB- und Demokratisierungsforschung, da letztere die Analyse einzelner Transitionsprozesse vor dem Hintergrund eines transkontinentalen historischen Blocks der dominanten Gruppen für nur noch begrenzt möglich hält (Bayart 1989; Abrahamsen 1997).

Halliday (1994) und Ikenberry/Kupchan (1990) haben demgegenüber auch die eigenständige Bedeutung von nicht-materiellen strukturellen Anforderungen betont. Die weltweite Durchsetzung politischer und wirtschaftlicher Modelle sei auf einen globalen, durch Hegemonie gesteuerten Homogenisierungsdruck zurückzuführen, der unmittelbar auf der gesellschaftlichen bzw. individuellen Ebene wirke. Das internationale System zwinge staatliche Eliten nicht nur zur situationsgebundenen, formalen Übernahme der gesetzten Standards, es führe unter günstigen Bedingungen auch zur Internalisierung dieser hegemonialen Normen und Entlegitimierung bestehender Überzeugungen. »Elites in secondary states buy into and internalize norms that are articulated by the hegemon and therefore pursue policies consistent with the hegemon's notion of international order« (Ikenberry/Kupchan 1990: 284). Der rasche Sieg des liberalen Demokratiediskurses wäre aus dieser Perspektive Ergebnis einer »reproduction within societies of norms established elsewhere in the system« (Halliday 1994: 37). Der entscheidende Transmissionsriemen zwischen universellen Normen und nationalen Prozessen wird dabei zumeist in der Diffusion sozialer und politischer Praktiken gesehen. Unzweifelhaft wurde politischer Protest durch Fernsehbilder »gelernt« und erfolgreiche institutionelle Mechanismen »kopiert«. Diffusion war insofern ein nicht-gesteuerter Prozeß der systemischen Verbreitung demokratischer Ideale (Huntington 1991: 100; Schmitter 1993: 10), sie ist

12 Bollen (1983) versuchte, statistisch eine allgemeine Korrelation zwischen peripherem Status und autoritären Systemformen nachzuweisen; seine Ergebnisse wurden aber in anderen Untersuchungen nicht belegt (Muller 1985; Rapkin/Avery 1986), die eher die vermittelnde Rolle interner Akteure oder Bedingungen betonten.

13 Vgl. Collier/Levitsky (1997), für Lateinamerika Whitehead (1992) und O'Donnell (1994), für Afrika Ake (1993).

aber auch als bewußte Propagierung dieser Ideale durch Medien und transnationale Akteure aufgefaßt worden (siehe hierzu unten, Kap. 2.4.).

Die analytische Erweiterung eines rein materiell gefaßten internationalen Systems um eigenständige Normen und Regeln unterstreicht, daß das internationale wirtschaftliche und politische System weitaus dynamischer ist, als es die Dependenzansätze unterstellten, und gesellschaftlichen Kräften nicht nur Chancen verwehrt, sondern auch eröffnet. Skocpol (1979) hatte dies bereits in ihrer Studie über die Erfolgsbedingungen sozialer Revolutionen herausgearbeitet. Auch Rueschemeyer, Huber-Stephens und Stephens (1992) haben in einer historisch-vergleichenden Untersuchung unterstrichen, daß transnationale Abhängigkeits- und Einflußstrukturen in ihrer politischen Zielrichtung neutral seien und daher letztlich auch Demokratisierungsprozesse hervorrufen oder begünstigen könnten.

Die Querverbindungen zur IB-Forschung bringen in diesem Fall für die Analyse von Demokratisierungsprozessen keine neuen Erkenntnisse, da die globalistischen Perspektiven verbundenen Autorinnen und Autoren Demokratisierung ohnehin als internationalen Prozeß sozialen Wandels begreifen. Sie teilen die Schwächen der im vorhergehenden Kapitel genannten Ansätze, da sie *ex post* Wandel plausibel rekonstruieren, kaum aber die Dynamik und Varianz von Transitionsprozessen erklären können, und zwar um so weniger, je allgemeiner, abstrakter und langfristiger der diagnostizierte strukturelle Einfluß des internationalen Systems ist. Einem Autor wie Scholte (1993: 25) ist sicherlich prinzipiell nur zuzustimmen, wenn er behauptet: »In this conception of the transformation process the timing, location, character and speed of change are held to result from the coexistence, interconnection and mutual determination of local, national and international conditions.« Aus einer solchen Perspektive lassen sich freilich andererseits keine plausiblen Korrelationen oder typischen Einflußwege eines isolierbaren Phänomens Demokratisierung mehr ableiten.

2.3. Politische Konditionalität

Während strukturalistische Theorien (vgl. Kap. 2.2.) dazu neigen, die Unterscheidung von Nationalem und Internationalem zugunsten einer globalistischen Perspektive aufzugeben, schreibt die systemische Argumentation (vgl. Kap. 2.1.) externen Faktoren zwar unter Umständen ein großes Gewicht zu, internationale und nationale Untersuchungsebene bleiben aber strikt getrennt. Demokratisierungsprozesse werden durch externe Rahmenbedingungen beeinflußt, die unabhängig von konkreten internen Strukturen, Institutionen und Akteuren unterschiedslos auf Staaten einwirken. Die Wirkungsmacht des internationalen Systems bleibt abhängig von internen Bedingungen oder Akteuren, die dem internationalen Kontext Rechnung tragen oder ihn ausnutzen. Entscheidender Bestandteil dieses internationalen Kontextes sind externe Akteure, die in unterschiedlicher Zusammensetzung und mit variiertem Gewicht, beabsichtigt oder ungewollt, Transitionsprozesse auslösen oder deren Verlauf mitbestimmen.

Whitehead (1996b) forderte daher, neben strukturellen Einflüssen die Möglichkeit einer expliziten *external agency* auch analytisch zu berücksichtigen und zwischen drei Typen externen Einflusses zu unterscheiden: Interaktionen zwischen Staaten, Transaktionen von Nichtregierungs-Organisationen und eher diffusen sozialen Prozessen. Hurrell (1996: 147) unterschied zwischen vier Typen internationalen Einflusses, von denen jeweils zwei struktureller und akteurszentrierter Natur sind. Er differenziert zwischen *direkter* – externe staatliche Akteure nehmen Einfluß auf zentrale interne Akteure wie Präsident, Parteien, Militär – und *indirekter* politischer Einmischung, bei der externe staatliche und nicht-staatliche Akteure Charakter und Ausrichtung der politischen Aktivitäten in der Zivilgesellschaft beeinflussen.¹⁴ Hurrells Unterscheidung soll im folgenden aufgegriffen, allerdings im Sinne der übergeordneten Fragestellung umformuliert werden. So kann zwischen der Einflußnahme externer staatlicher Akteure, die unmittelbar auf den Prozeß der Umgestaltung des politischen Systems abzielt, z.B. durch Erzwingung eines fairen Wahlprozesses oder Kontrolle des Militärs, und der gezielten Unterstützung oder Blockade gesellschaftlicher Entwicklungen durch staatliche und nicht-staatliche Akteure differenziert werden.

Stepan (1986) hatte bereits in seiner Typologie von Systemwechselprozessen mehrere historische Varianten angeführt, in denen externe staatliche Akteure durch Kriege und militärische Besetzung politischen Regimewechsel in demokratischer Richtung erzwungen hatten. Wo politische Reformen nicht durch Gewalt erzwungen werden, dürften sich externe Akteure auf interne Bündnispartner stützen, um ihre Interessen durchzusetzen, oder mittels gezielter Konditionalitäten auf zentrale Akteure einwirken. Kahlers (1984) Untersuchung zu den internen Auswirkungen der Dekolonisation auf die Metropolen Frankreich und Großbritannien, obgleich nicht mit Demokratisierungsprozessen befaßt, hatte ebenfalls festgehalten, daß »the penetration of domestic politics by external actors and their success in shaping policy is determined not only by access but by skill in constructing domestic political alliances« (Kahler 1984: 378).¹⁵ Diese Interaktionen zwischen nationalen und externen Akteuren stehen auch im Mittelpunkt von Pridhams (1991) Versuch, die internationale Dimension von Transitionsprozessen in ein konzeptuelles Schema zu fassen, das die vergleichende Untersuchung verschiedener Länderfälle ermöglichen sollte.

Pridham (1991) griff dabei auf das *linkage*-Konzept von Rosenau (1969) zurück. Dieser hatte *linkages* als Verknüpfungen zwischen nationalem und internationalem System definiert, die ihren Ausgangspunkt entweder in der nationalen *polity (outer-directed)* oder im internationalen System (*inner-directed*) haben können. Rosenau

14 So auch Czempiel (1994: 419). Weiterhin unterscheidet Hurrell (1996) zwischen Einflüssen aus dem internationalen politischen System – Verbreitung demokratischer Werte, veränderte internationale Legitimitätsanforderungen – und der Involvierer in eine globalisierte Weltwirtschaft.

15 Katzenstein (1985) zeigte ähnlich, wie weltwirtschaftliche Veränderungen innergesellschaftliche Interessenkoalitionen modifiziert und zur Ausbildung spezifischer institutioneller Arrangements geführt haben.

verstand sein Modell primär als Instrument der außenpolitischen Analyse.¹⁶ Pridham (1991: 29f) rekurreert eher auf die Begriffe als die Ideen, wenn er das Wechselspiel von internen und externen Akteuren im Transitionsprozeß mit den beiden Kategorien der *inner- und outer-directed linkages* zu erklären versucht. Sein vergleichendes Analyseschema, in dem strukturelle externe und interne Hintergrundbedingungen, Phasen, Typen externer und interner Akteure und ihrer respektiven Strategien zusammengeführt wurden, ist jedoch genauso sperrig wie die Rosenauschen Modelle. Zwar werden eine Vielzahl unterschiedlichster Einflüsse registriert und in Typologien zusammengefaßt, über deren Gewicht und strukturelle Bedeutung – insbesondere gegenüber internen Einflüssen – jedoch keine Aussagen gemacht.¹⁷

2.4. Internationale Zivilgesellschaft

Schmitter (1993) hat die These aufgestellt, die letzte Demokratisierungswelle sei zum größten Teil das Werk von Nicht-Regierungs-Organisationen gewesen. »It is the concrete activity of these agents of consent, rather than the abstract processes of contagion, that accounts for the 'global reach' of regime change and the fact that so few regressions to autocracy have occurred« (Schmitter 1993: 17f). Neben den traditionellen Aktivitäten internationaler Parteienzusammenschlüsse, kirchlichen und Menschenrechtsorganisationen traten seit Beginn der neunziger Jahre auch externe staatliche Akteure als Anwälte und Finanziers zivilgesellschaftlicher Organisationen in Erscheinung. Eine im Entstehen begriffene »internationale Zivilgesellschaft« (Kößler/Melber 1993) aus Demokratie- und Menschenrechtsguppen sowie internationalen Medien würde durch gezielte Interventionen demokratische Kräfte stärken. Obwohl gerade die entwicklungspolitischen Organisationen neue Betätigungsfelder entdeckten, warnten besorgte Entwicklungsexpertinnen und -experten bereits vor Illusionen, ein solches *social engineering* von außen könne rasche Erfolge produzieren (Hillebrand 1994; Williams/Young 1994).

Czempiel (1993, 1994) hat in mehreren Publikationen die Stärkung der demokratischen Gesellschaften gegenüber ihren politischen Systemen zum zentralen Gegen-

16 Linkages werden definiert als »any recurrent sequence of behavior that originates in one system and is reacted to in another« Im einzelnen unterscheidet Rosenau (1969: 45f) zwischen drei Grundtypen von *linkage*-Prozessen: *penetrative processes*, »when members of one polity serve as participants in the political processes of another«, *reactive processes*, »brought into being by recurrent and similar boundary-crossing reactions rather than by sharing of authority« und schließlich *emulative processes*, wo »the input is not only a response to the output but takes essentially the same form as the output«.

17 Chalmers (1969: 87f) hat versucht, Rosenaus Konzept auf die Außenbeziehungen der lateinamerikanischen Staaten anzuwenden und die Rolle der *linkages* in drei Bereichen unterschieden: den sozio-politischen Strukturen, den politischen Inhalten (*issues* und *policies*) und den Institutionen. Bei Chalmers wird allerdings nicht deutlich, welche Erkenntnisse – abgesehen von einer neuen Terminologie – hinsichtlich des Gewichts einzelner *linkages* oder der Dynamik der politischen oder gesellschaftlichen Entwicklung der lateinamerikanischen Staaten gewonnen werden können.

stand einer vergesellschafteten Außenpolitik erklärt. Seine Ausführungen handeln freilich primär davon, wie staatliche und gesellschaftliche Akteure mit ihren Interventionen in die Herrschafts- und Legitimitätsverteilung zwischen gesellschaftlichem Umfeld und politischem System in Drittländern eingreifen *sollten*. Unklar bleibt, welche Rolle gesellschaftliche Akteure in den bisher abgelaufenen Prozessen tatsächlich spielen konnten.¹⁸

Die Untersuchung transnationaler Akteure in der IB-Forschung hatte sich hingegen nicht mit Demokratisierung befaßt, sondern die Erklärung von *policy-outcomes* bei konstant gesetzten, internen institutionellen Bedingungen zum Ziel gemacht. Risse-Kappen (1995b: 5) etwa fragte, »under what domestic and international circumstances do transnational coalitions and actors who attempt to change policy outcomes in a specific issue-area succeed or fail to achieve their goals?« Chilton (1995) hat transnationale Ansätze direkt auf Systemwechselprozesse angewandt. Sie versuchte zu belegen, daß das Ausmaß transnationaler Allianzen eine zentrale erklärende Variable bei der Erklärung unterschiedlicher Verlaufsmodi osteuropäischer Transitionen darstelle, kam aber zum Ergebnis, daß die Bedeutung transnationaler Allianzen selbst von der Struktur und Entwicklung der jeweiligen Zivilgesellschaft abhängig bleibt: »While these transnational activities alone were not a sufficient condition for the events of 1989 to unfold, they were a necessary condition, particularly in those cases in which domestic civil societies were underdeveloped« (Chilton 1995: 226). Der Entwicklungsgrad der Zivilgesellschaft ist aber selbst Resultat des Demokratisierungsprozesses und kann nicht ohne weiteres als Teil der *domestic structure* zur unabhängigen Variable erklärt werden. Risse-Kappen selbst (1995b: 28) hielt die Einflußmöglichkeiten transnationaler Akteure in »fragile domestic structures« für minimal, hatte dabei allerdings auch den Einfluß auf politische Entscheidungen im Auge.¹⁹

Aufzuzeigen, wie etwa in Osteuropa westliche Normen über transnationale Koalitionen popularisiert wurden, erklärt jedoch nicht, wann und auf welchem Wege dadurch spezifische politische Prozesse ausgelöst wurden; schon eher, wie die Prozesse, einmal im Rollen, verlaufen sind. Daß Bevölkerungen lernen, wie man erfolgreich protestiert, bedeutet ja nicht, daß sie für die gleichen Ziele wie ihre »Vorbilder« eintreten, noch, daß ähnliche Strategien zum gleichen Ziel führen. Schließlich »lernen« auch autoritäre Regime, wie man einen Demokratisierungsprozeß blockiert oder umkehrt. Ohne eine Schwächung des autoritären Regimes können auch transnationale Koalitionen wenig ausrichten (Schmitter 1993: 11). Transnationalismus-Ansätze können, wie Chilton (1995: 224) selbst einräumt, immer nur Teilespekte von Systemwechselprozessen erklären.

- 18 In den afrikanischen oder lateinamerikanischen Transitionstaaten ist weder eine klare Trennung von politischem System und Gesellschaft möglich, noch ist die Gesellschaft automatisch Träger eines emanzipatorischen Projekts. Vgl. auch die Kritik von J. Hartmann (1995) an Czempiels vereinfachender System-Gesellschaft-Dichotomie.
- 19 Vgl. auch Uhlin (1993), der Diffusionseffekte auf die transnationale Vermittlung von demokratischen Ideen zurückführt, dabei aber auf psychologische Lernprozesse abhebt, deren gesamtgesellschaftliche oder politische Relevanz schwer zu belegen ist.

3. *Schluß*

Die internationale Dimension von Demokratisierung läßt sich nur erhellen, wenn klar wird, was unter Demokratisierung und was unter internationalem System verstanden werden soll. Die vorstehenden Kapitel sollten aufzeigen, daß unterschiedliche Konzeptualisierungen dieser Schlüsselbegriffe nicht nur unterschiedliche Fragestellungen eröffnen, sondern auch unterschiedliche Aspekte von Demokratisierungsprozessen erklären wollen. Der Versuch, Querverbindungen zwischen typischen Argumentationsmustern der Demokratisierungsforschung und gängigen IB-Ansätzen aufzuzeigen, hat zweierlei erbracht: Theorien der Internationalen Beziehungen, die sich ausdrücklich der Demokratisierungsfrage zuwenden, fehlt es in der Regel am Instrumentarium, um die prozeßhafte und konfliktgeladene Dynamik der politischen Reformen einzufangen. Es fehlt aber vielleicht auch der Mut, gewohnte Fragestellungen umzukehren und z.B. nicht nur nach Rückschlüssen aus der zunehmend demokratischen Konstitution der Mitgliedstaaten auf den Charakter des internationalen Systems zu fragen, sondern auch nach einem *feedback* von einem zunehmend demokratischen internationalen System auf die Konstitutionsbedingungen seiner Mitgliedstaaten. Anknüpfend an die Überlegungen zur Bildung eines Regimes demokratisierter Staaten ließe sich fragen, wie ein solches regionales oder globales Regime mit Paria-Staaten umgeht, die sich den Homogenitäts- oder Legitimitätsanforderungen der internationalen Staatengesellschaft widersetzen.

Die Demokratisierungsforschung könnte ihrerseits enorm von IB-Ansätzen profitieren, vor allem in der Analyse von Konsolidierungsprozessen. Gramscianische Ansätze und Transnationalismus-Analysen haben von unterschiedlichen theoretischen Prämissen aus gleichermaßen nach dem Einfluß internationaler wirtschaftlicher und politischer Veränderungen auf das Verhältnis von Staat und Gesellschaft bzw. gesellschaftlicher Akteure untereinander und die demokratische Orientierung dieser Akteure gefragt sowie zahlreiche Anregungen zum Verständnis von Diffusionsprozessen geliefert.

Schließlich könnten Transitionsprozesse stärker als bisher als »internationalisierte« Verhandlungsprozesse betrachtet werden, in die externe staatliche und nicht-staatliche Akteure direkt intervenieren. Putnams (1988) Metapher des *two-level game*, in dem internes und internationales *bargaining* aufeinander bezogen bleiben, wollte zwar internationale Verhandlungsprozesse erklären, wäre aber sicherlich auch in der umgekehrten Richtung zu erproben. Ein solcher Ansatz wäre jedenfalls theoretisch anwendbar auf all jene Transitionsprozesse in Afrika und Asien, in denen autoritäre Herrscher und Eliten einen Liberalisierungs- und Demokratisierungsprozeß auf einer internationalen und nationalen Ebene zugleich »aushandeln« müssen. Während bei Putnam (1988) beide Verhandlungsführer durch ihre eigenen und gegnerischen Ratifizierungsprobleme beeinflußt werden, würde ein internationalisierter Demokratisierungsprozeß ein asymmetrisches *two-level game* darstellen, wo nur die Ratifizie-

20 IWF-Teams oder ausländische Botschafter müssen sich selten um eine Ratifizierung ihrer Beschlüsse sorgen.

rung (= Demokratisierung) auf der einen Verhandlungsseite von Bedeutung ist.²⁰ Einige der zentralen Hypothesen Putnams ließen sich jedoch mit zahlreichen Beispielen aus der Transitionsliteratur belegen: Rationale Züge an einem Verhandlungstisch, etwa das Eingehen auf Strukturanpassungsprogramme zur Sicherung der Ressourcenzufluss, können die *bargaining position* auf der anderen Ebene massiv verschlechtern; interne Minderheiten, die sich mit ihrem Programm in einem rein internen Prozeß nicht durchsetzen, können durch eine Internationalisierung des *issues* externe Verbündete suchen und Allianzen schmieden (*cross-table alliances*); Regierungen und Diplomaten versuchen stets, ein internes und internationales Publikum gleichzeitig zu manipulieren.

Putnam, selbst ein Grenzgänger zwischen IB-Forschung und Komparatistik, war auf der Suche nach theoretischen Ansätzen »that integrate both spheres, accounting for the areas of entanglement between them« (Putnam 1988: 433). Die Demokratisierungsprozesse bieten eine Fülle von Rohmaterial für die Erprobung solcher Ansätze. Sie werden mehr als bisher Erkenntnisse aus der Komparatistik und der IB-Forschung zusammenführen müssen.

Literatur

- Abrahamsen, Rita 1997: The Victory of Popular Forces or Passive Revolution? A Neo-Gramscian Perspective on Democratisation, in: Journal of Modern African Studies 35, 129-152.
- Ake, Claude 1993: The Unique Case of African Democracy, in: International Affairs 69: 2, 239-244.
- Armstrong, David 1993: Revolution and World Order. The Revolutionary State in International Society, Oxford.
- Bayart, Jean-François 1989: L'état en Afrique. La politique du ventre, Paris.
- Beyme, Klaus von 1994: Systemwechsel in Osteuropa, Frankfurt a.M.
- Bollen, Kenneth 1983: World System Position, Dependency, and Democracy: The Cross-National Evidence, in: American Sociological Review 48: 4, 468-479.
- Bull, Hedley 1977: The Anarchical Society: A Study of Order in World Politics, New York.
- Chalmers, Douglas A. 1969: Developing on the Periphery: External Factors in Latin American Politics, in: Rosenau, James N. (Hrsg.): Linkage Politics: Essays on the Convergence of National and International Systems, New York, 67-93.
- Chilton, Patricia 1995: Mechanics of Change: Social Movements, Transnational Coalitions, and the Transformation Processes in Eastern Europe, in: Risso-Kappen 1995a, 189-226.
- Collier, David/Levitsky, Steven 1997: Democracy with Adjectives. Conceptual Innovation in Comparative Research, in: World Politics 49: 3, 430-451.
- Cox, Robert W. 1987: Production, Power and World Order, New York.
- Czempiel, Ernst-Otto 1993: Weltpolitik im Umbruch. Das internationale System nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, 2. Auflage, München.
- Czempiel, Ernst-Otto 1994: Die Intervention. Politische Notwendigkeit und strategische Möglichkeiten, in: Politische Vierteljahresschrift 35: 3, 402-422.
- Diamond, Larry 1993: The Globalization of Democracy, in: Slater, Robert O./Schutz, Barry M./Dorr, Steven R. (Hrsg.): Global Transformation and the Third World, Boulder, Colo., 31-69.
- Franck, Thomas M. 1992: The Emerging Right to Democratic Governance, in: American Jour-

- nal of International Law 86, 46-91.
- Gillis, Barry/Rocamora, Joel 1992: Low Intensity Democracy, in: Third World Quarterly 13: 3, 501-523.
- Gourevitch, Peter 1978: The Second Image Reversed: the International Sources of Domestic Politics, in: International Organization 32: 4, 881-911.
- Gourevitch, Peter 1986: Politics in Hard Times: Comparative Responses to International Economic Crises, Ithaca, N.Y.
- Halliday, Fred 1994: Rethinking International Relations, London.
- Halperin, Morton H./Lomasney, Kristen 1993: Toward a Global ›Guarantee Clause‹, in: Journal of Democracy 4: 3, 60-69.
- Hartmann, Jürgen 1995: Verständnishürden und begriffsrealistisches Glatteis. Anmerkungen zu Ernst-Otto Czempiels innenpolitischen Grundlagen der Gesellschafts- und Staatenwelt, in: Jahrbuch für Politik 5: 2, 277-295.
- Hermet, Guy 1993: Les désenchantements de la liberté. La sortie des dictatures dans les années 90, Paris.
- Hillebrand, Ernst 1994: Zivilgesellschaft und Demokratie in Afrika, in: Internationale Politik und Gesellschaft 1: 1, 57-71.
- Huntington, Samuel P. 1984: Will More Countries Become Democratic? in: Political Science Quarterly 99: 2, 193-218.
- Huntington, Samuel P. 1991: The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century, London.
- Hurrell, Andrew 1996: The International Dimensions of Democratization in Latin America: The Case of Brazil, in: Whitehead 1996a, 146-174.
- Ikenberry, G. John/Kupchan, Charles A. 1990: Socialization and Hegemonic Power, in: International Organization 44: 3, 283-315.
- Jacobsen, John Kurt 1996: Are All Politics Domestic? Perspectives on the Integration of Comparative Politics and International Relations Theories, in: Comparative Politics 29: 1, 93-115.
- Kahler, Miles 1984: Decolonization in Britain and France. The Domestic Consequences of International Relations, Princeton, N.J.
- Katzenstein, Peter J. 1985: Small States in World Markets: Industrial Policy in Europe, Ithaca, N.Y.
- Kößler, Reinhart/Melber, Henning 1993: Chancen internationaler Zivilgesellschaft, Frankfurt a.M.
- Linz, Juan J./Stepan, Alfred 1996: Problems of Democratic Transition and Consolidation: Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe, Baltimore, Md.
- Lipset, Seymour Martin 1959: Some Social Requisites of Democracy: Economic Development and Political Legitimacy, in: American Political Science Review 53: 1, 69-105.
- Mansfield, Edward D./Snyder, Jack 1995: Democratization and the Danger of War, in: International Security 20: 1, 5-38.
- Merkel, Wolfgang (Hrsg.) 1994: Systemwechsel I: Theorien, Ansätze und Konzeptionen, Opladen.
- Merkel, Wolfgang/Sandschneider, Eberhard/Segert, Dieter (Hrsg.) 1996: Systemwechsel II, Opladen.
- Müller, Harald 1993: The Internalization of Principles, Norms and Rules by Governments: The Case of Security Regimes, in: Rittberger, Volker (Hrsg.): Regime Theory and International Relations, Oxford, 361-388.
- Muller, Edward N. 1985: Dependent Economic Development, Aid Dependence on the United States and Democratic Breakdown in the Third World, in: International Studies Quarterly

- 29: 3, 445-469.
- Nohlen, Dieter* 1988: Mehr Demokratie in der Dritten Welt? Über Demokratisierung und Konsolidierung der Demokratie in vergleichender Perspektive, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 38: 25-26, 3-18.
- O'Donnell, Guillermo* 1973: Modernization and Bureaucratic-Authoritarianism: Studies in South American Politics, Berkely, Cal.
- O'Donnell, Guillermo* 1994: Delegative Democracy, in: Journal of Democracy 5: 1, 55-69.
- O'Donnell, Guillermo/Schmitter, Philippe C.* 1986: Transitions from Authoritarian Rule. Tentative Conclusions about Uncertain Democracies, Baltimore, Md.
- O'Donnell, Guillermo/Schmitter, Philippe C./Whitehead, Laurence* (Hrsg.) 1986: Transitions from Authoritarian Rule. Comparative Perspectives, Baltimore, Md.
- Pridham, Geoffrey* 1991: International Influences and Democratic Transition: Problems of Theory and Practice in Linkage Politics, in: Ders. (Hrsg.): Encouraging Democracy. The International Context of Regime Transition in Southern Europe, Leicester, 1-28.
- Pridham, Geoffrey* 1994: The International Dimension of Democratisation: Theory, Practice and Inter-regional Comparisons, in: Pridham, Geoffrey/Herring, Eric/Sanford, George (Hrsg.): Building Democracy? The International Dimension of Democratization in Eastern Europe, London, 7-31.
- Przeworski, Adam* 1991: Democracy and the Market. Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America, Cambridge.
- Putnam, Robert* 1988: Diplomacy and Domestic Politics: The Logic of Two-Level Games, in: International Organization 42: 3, 427-460.
- Rapkin, David P./Avery, William P.* 1986: World Markets and Political Instability within LDCs, in: Cooperation and Conflict 21: 1, 99-117.
- Ray, James Lee* 1995: Global Trends, State-Specific Factors and Regime Transitions 1825-1993, in: Journal of Peace Research 32: 1, 49-63.
- Remmer, Karen L.* 1995: New Theoretical Perspectives on Democratization, in: Comparative Politics 28: 1, 103-122.
- Risse-Kappen, Thomas* (Hrsg.) 1995a: Bringing Transnational Relations Back In. Non-State Actors, Domestic Structures and International Institutions, Cambridge.
- Risse-Kappen, Thomas* 1995b: Bringing Transnational Relations Back In: Introduction, in: Risse-Kappen 1995a, 3-33.
- Rosenau, James N.* 1966: Pre-theories and Theories of Foreign Policy, in: Farrell, R. Barry (Hrsg.): Approaches to Comparative and International Politics, Evanston, Ill., 27-92.
- Rosenau, James N.* 1969: Toward the Study of National-International Linkages, in: Ders. (Hrsg.): Linkage Politics: Essays on the Convergence of National and International Systems, New York, 44-63.
- Rueschemeyer, Dietrich/Huber-Stephens, Evelyne/Stephens, John D.* 1992: Capitalist Development and Democracy, Chicago, Ill.
- Russett, Bruce* 1993: Grasping the Democratic Peace. Principles for a Post-Cold War World, Princeton, N.J.
- Rustow, Dankwart A.* 1970: Transitions to Democracy. Toward a Dynamic Model, in: Comparative Politics 2: 3, 337-363.
- Salmon, Jean* 1993: Demokratie als Rechtsanspruch? Zu den inneren Aspekten des Rechts auf Selbstbestimmung, in: Vereinte Nationen 41: 1, 10-17.
- Schimmelfennig, Frank* 1994: Internationale Sozialisation neuer Staaten. Heuristische Überlegungen zu einem Forschungsdesiderat, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 1: 2, 335-356.
- Schmitter, Philippe C.* 1993: The International Context of Contemporary Democratization, in:

- Stanford Journal of International Affairs 2: 1, 1-34.
- Scholte, Jan Aart* 1993: International Relations of Social Change, Buckingham.
- Schubert, Gunter/Tetzlaff, Rainer/Vennewald, Werner* (Hrsg.) 1994a: Demokratisierung und politischer Wandel. Theorie und Anwendung des Konzeptes der strategischen und konfliktfähigen Gruppen, Münster.
- Schubert, Gunter/Tetzlaff, Rainer/Vennewald, Werner* 1994b: Das Konzept der strategischen und konfliktfähigen Gruppen (SKOG) – eine Methode zur Analyse des gesellschaftlichen Wandels und der politischen Demokratisierung in Entwicklungs- und Schwellenländern, Münster, 57-116.
- Skocpol, Theda* 1979: States and Social Revolutions, Cambridge.
- Starr, Harvey* 1991: Democratic Dominoes. Diffusion Approaches to the Spread of Democracy in the International System, in: *Journal of Conflict Resolution* 35: 2, 356-381.
- Stepan, Alfred* 1986: Paths toward Redemocratization: Theoretical and Comparative Considerations, in: O'Donnell/Schmitter/Whitehead 1986, 64-84.
- Tetzlaff, Rainer* 1994: Einführung: Demokratisierung als realer weltweiter Prozeß des sozialen Wandels und als Herausforderung für die Sozialwissenschaften in Bezug auf ein theoriegeleitetes Verständnis ihrer Ursachen, Verlaufsformen und politischen Akteure, in: Schubert/Tetzlaff/Vennewald 1994a, 1-55.
- Uhlir, Anders* 1993: Transnational Democratic Diffusion and Indonesian Democracy Discourses, in: *Third World Quarterly* 14: 3, 517-544.
- Uvin, Peter/Biagiotti, Isabelle* 1996: Global Governance and the ›New‹ Political Conditionality, in: *Global Governance* 2: 4, 377-400.
- Vanhanen, Tatu* 1990: The Process of Democratization. A Comparative Study of 147 States, 1980-88, New York.
- Whitehead, Laurence* 1992: The Alternatives to ›Liberal Democracy‹: a Latin American Perspective, in: *Political Studies* 40: Special Issue, 146-159.
- Whitehead, Laurence* (Hrsg.) 1996a: The International Dimensions of Democratization. Europe and the Americas, Oxford.
- Whitehead, Laurence* 1996b: Three International Dimensions of Democratization, in: Whitehead 1996a, 3-25.
- Williams, David/Young, Tom* 1994: Governance, the World Bank and Liberal Theory, in: *Political Studies* 42: 1, 84-100.
- Young, Crawford* 1994: Democratization in Africa: The Contradictions of a Political Imperative, in: Widner, Jennifer A. (Hrsg.): Economic Change and Political Liberalization in Sub-Saharan Africa, Baltimore, Md., 230-250.